

Die neue Schweiz : was will die Sozialdemokratische Partei mit ihrem Manifest an das Schweizervolk zur Neuordnung von Staat und Wirtschaft?

Autor(en): **Oprecht, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **22 (1942-1943)**

Heft 8

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-334637>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

22. JAHRGANG -- APRIL 1943 -- HEFT 8

Die neue Schweiz

Was will die Sozialdemokratische Partei mit ihrem Manifest
an das Schweizervolk zur Neuordnung von Staat und Wirtschaft?

Von Dr. Hans O p r e c h t

I.

Mitte Dezember des vergangenen Jahres, während der Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung, die zur Wahl des Bundespräsidenten für das Jahr 1943 zusammengetreten war, wurde das Manifest der SPS. an das Schweizervolk «Die neue Schweiz» verteilt. Am selben Tage ist diese programmatische Kundgebung der SPS. in allen Parteizeitungen der deutschen, französischen und italienischen Schweiz veröffentlicht worden. Das Manifest «Die neue Schweiz» ist von der Parteileitung aus Auftrag des Parteitages 1941 in monatelanger intensiver geistiger Arbeit ausgearbeitet worden.

Dem Manifest «Die neue Schweiz» kommt nicht nur parteiintern, es kommt ihm auch im Rahmen der eidgenössischen Politik im zweiten Weltkrieg geschichtliche Bedeutung zu.

Denn was will die SPS. mit ihrer programmatischen Kundgebung zur neuen Schweiz?

Ein neues Programm dem Schweizervolk von Partei wegen unterbreiten?

Die Wahlen 1943, insbesondere die Nationalratswahlen des kommenden Herbstes, vorbereiten?

Die politischen Gegensätze in den Reihen der Arbeiterschaft durch vermehrte Aktivität überbrücken?

Eine neue Volksfront aufziehen?

Solche Fragen sind von Freund und Feind der SPS. bei Anlaß der Publikation des Manifestes gestellt worden. Diese Fragen sind ein Beweis für die Verlegenheit, in die das Manifest die «Freunde» von links und von rechts versetzt hat.

«Die neue Schweiz» ist eine Vision der Schweiz, wie sie sein sollte; wie sie sein wird, wenn eines Tages das arbeitende Volk den Kurs der Landespolitik bestimmen wird.

«Die neue Schweiz» ist also nicht bloß ein neues Parteiprogramm der SPS. Sie ist mehr als ein bloßes Versprechen «für den Fall, daß...»

«Die neue Schweiz» ist das Programm der Sozialdemokratischen Partei für unser Land und unser Volk.

Aus dieser politischen und sozialen Bedeutung des Manifestes «Die neue Schweiz» erklärt sich die Reaktion von Links und Rechts auf die Veröffentlichung des Manifestes.

Wir erklären damit offen und unzweideutig: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz führt mit diesem Manifest den Kampf um die Mehrheit im Volk. Sie ist bereit, die politische Macht im Rahmen einer neuen Volksmehrheit zu übernehmen. Ihr Manifest zur neuen Schweiz soll den Weg für die SPS. frei machen. Das Schweizervolk wird in seiner großen Mehrheit für das Regierungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, für eine Regierung der «Neuen Schweiz», gewonnen werden.

Mit der Veröffentlichung des Manifestes «Die neue Schweiz» hat die Sozialdemokratische Partei das Volk, die Parteien des Landes und seine Behörden vor eine Reihe von konkreten Fragen gestellt:

Wie sollen Staat und Wirtschaft in der Nachkriegszeit geordnet werden? Ist man bereit, aus der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der letzten Jahre die Folgerungen zu ziehen, die sich aufdrängen? Oder will man die «gute alte Zeit», das heißt die Zeit des guten Verdienstes der Jahre vor dem zweiten Weltkrieg wieder herstellen? Soll damit restauriert werden? Oder sieht man ein, daß eine Rückkehr zur «guten alten Zeit» nicht nur nicht möglich ist, sondern für unser Volk und unseren Staat verhängnisvoll werden könnte? Soll damit, geschichtlich gesehen, nicht konserviert, sondern im Sinne der Regeneration Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auf neuer Grundlage und sozial höherer Stufe organisiert werden?

II.

Die SPS. hat bewußt die Probleme in diesem Sinne durch die Publikation des Manifestes zur neuen Schweiz politisch zur Diskussion gestellt. Die innerpolitische Diskussion darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob die Lage im Augenblick sich dazu eigne. Die Demokratie muß immer, auch im Augenblick höchster Gefahr, in jedem ihrer Glieder das Gefühl wachhalten: daß die Demokratie lebendig und entwicklungsfähig und daß die Demokratie willens sei, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme mit der selben Entschiedenheit einer Lösung entgegenzuführen wie irgendeine andere Staatsform. Die schweizerische Demokratie hat damit heute unter Beweis zu stellen, daß sie willens und imstande ist, die sozialen und wirtschaftlichen, die gesellschaftlichen und politischen Probleme der Kriegs- und Nachkriegszeit einer Lösung entgegenzuführen.

Die SPS. hat diesen Beweis vom Standpunkt des arbeitenden Volkes aus mit ihrem Manifest «Die neue Schweiz» angetreten. Die Sozialdemokratische Partei will damit, von den Gegebenheiten der heutigen Wirtschaft und der geltenden staatlichen Struktur ausgehend, die Entwicklung in sozialer und politischer Hinsicht weiterführen. «Die neue Schweiz» soll, die bestehenden Ansätze zu einer Neuordnung in Wirtschaft und Staat benützend, Mittel und Wege zeigen, wie Staat und Wirtschaft neu

geordnet werden können, um den brennenden Problemen der Nachkriegszeit Herr und Meister zu werden.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz weiß, daß absolute Lösungen in der Demokratie, so wenig wie in den autoritären Staaten, sozial möglich sind. Für die SPS. gilt nur der demokratische Weg, der in der Richtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung auch der Arbeiterschaft den Weg zur Macht öffnen wird.

III.

Es ist dabei ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft weder in ihrer gewerkschaftlichen noch in ihrer politischen Tätigkeit die Lösung der Tagesfragen vernachlässigen darf. Die Lohnkämpfe werden unvermeidlich sich verschärfen angesichts der täglich wachsenden Teuerung und der Hilflosigkeit der Behörden, die Preise zu stabilisieren. Es ist darum Pflicht der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, ihre Lohnforderungen immer wieder anzumelden und sie auch durchzusetzen. Zugleich stellen wir damit aber auch die andere Frage: Kann das Lohnproblem, kann die Frage der Preisstabilisierung, kann die Frage der Verhütung von Krise und Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Ordnung von Wirtschaft und Staat überhaupt gelöst werden?

Weil wir wissen, daß das nicht möglich ist, darum drängen wir, in Fortführung der opportunistischen Tagesarbeit, auf eine grundsätzliche Reform hin. Darum fordern wir eine Änderung der Struktur der Wirtschaft und darum streben wir eine Verlagerung der politischen Macht zugunsten des arbeitenden Volkes an. «Die neue Schweiz» ist das Instrument dazu, das Volk für den Umbau von Wirtschaft und Staat im Sinne des Programmes der Sozialdemokratischen Partei zu gewinnen.

IV.

Welches sind nun die großen Linien des Manifestes zur «neuen Schweiz»? Die politische Demokratie genügt nicht mehr. Ihr Sinn kann jederzeit mit Hilfe großer Geldmächte verfälscht werden. Gottlieb Duttweiler und sein Landesring sind zurzeit nur das auffallendste Beispiel dafür. Die großen Banken, die Versicherungsgesellschaften, die Schwerindustrie, sie arbeiten mit den selben Mitteln, wie Gottlieb Duttweiler, wenn es gilt, ihre Machtpositionen im Staat sicherzustellen. Der «Bund der Subventionslosen» beweist das zur Genüge. Diese Geldmächte sind für den Bestand der Demokratie die größte Gefahr. Darum müssen aus der Wirtschaft alle jene Kräfte entfernt, wenn nötig rücksichtslos beiseite gestellt werden, die privater Gewinnsucht und privatem Machtstreben dienen. Die Wirtschaft des Landes muß Sache des ganzen Volkes werden. Die Grundsätze der politischen Demokratie sind auf die Wirtschaft zu übertragen. Die Selbstverwaltung des Staates durch das Volk muß auch in der Wirtschaft zum Grundsatz erhoben werden. Das Volk muß auf dem Wege der Selbstverwaltung seine Rechte auch in der Wirtschaft ausüben können. Die gegenwärtig bestehende Kriegswirtschaft im Bund darf dabei nicht Vorbild sein. Wir sind in dieser Beziehung mit der «Schweizerischen

Handelszeitung» (Nr. 9, 4. März 1943) durchaus einverstanden, wenn sie schreibt: «Auch in der Schweiz, *obschon sie sich rühmen kann, das freihheitlichste kriegswirtschaftliche System zu besitzen, in welchem zudem weitgehend in den leitenden Stellungen der erfahrene praktische Wirtschaftler als Gehilfe des Staates waltet*, hat man erkannt, daß die geleitete (Kriegs-) Wirtschaft nicht das Ideal ist.» Zu der im Bund herrschenden Kriegswirtschaft hat das Volk nichts zu sagen, die Herren Industriellen dafür aber um so mehr. Sie sind für diese von Staates wegen von ihnen geleitete (Kriegs-) Wirtschaft verantwortlich. «Die neue Schweiz» strebt die *genossenschaftliche Selbstverwaltung der Wirtschaft durch das Volk an*. Dort, wo die Macht der Wirtschaft in Form von Monopolen und Trusts konzentriert ist, dort hat der Staat Hand darauf zu legen und selber zum Rechten zu sehen. Die Banken, die Versicherungsgesellschaften, die monopolisierten und vertrusteten Industrien, sie sind in Staatseigentum überzuführen und als öffentlicher Dienst durch das Volk verwalten zu lassen. In der Industrie im allgemeinen aber, in der Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe im besondern, ist staatliche Wirtschaft nicht nur nicht nötig, in diesen Zweigen der Wirtschaft gilt *p r i n z i p i e l l* die genossenschaftliche Selbstverwaltung. Grund und Boden und das Wohnen werden dabei jeder Spekulation entzogen, sie sind zusammen mit den Bodenschätzen und den Wasserkraften in Gemeineigentum überzuführen. Im Zentrum der Neuordnung von Staat und Wirtschaft steht damit *der arbeitende Mensch*, denn «das wertvollste Wirtschaftsgut ist die menschliche Arbeitskraft», ihr Schutz, ihre Förderung und Entwicklung gehören zu den wichtigsten Aufgaben der «neuen Schweiz».

Das kollektive Arbeitsrecht bildet dabei die beste Garantie dafür, daß das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit nicht nur ein papierenes Recht sein werden, weil es durch seine Geltung auch die rechtliche Verfügung über das Betriebseigentum einschränken kann. Frauen und Jugendliche genießen besonderen Schutz, soweit es ihre Lage nötig macht. Grundsätzlich ist allerdings die Arbeit der Frau der des Mannes gleichgestellt. Die Tragfähigkeit der sozialpolitischen Maßnahmen der «neuen Schweiz» ergibt sich daraus, daß durch die Neuordnung von Wirtschaft und Staat der Ertrag der Wirtschaft, das Sozialprodukt, gesteigert wird. Seine Neuverteilung erlaubt, einen Ausgleich in den Einkommen herbeizuführen und dabei zugleich das durchschnittliche Einkommen wesentlich zu heben. Die Wirtschaftspolitik der «neuen Schweiz» ist die beste Grundlage ihrer Sozialpolitik.

V.

Die Publikation der «neuen Schweiz» durch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat die Lage innerpolitisch geklärt. Es geht nicht länger an, durch Vertuschen und Verwischen der Gegensätze das Bild der inneren Situation zu trüben. Es ist der Zeitpunkt gekommen, wo Stellung bezogen werden muß für oder gegen eine Neuordnung in Staat und Wirtschaft.

Die Stellungnahme der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz zu den Problemen der Nachkriegszeit ist

gekennzeichnet durch ihre besondere Situation. Die Freisinnige Partei ist die herrschende Partei im Bund, sie hat die Mehrheit im Bundesrat, sie trägt die politische Verantwortung für die Landespolitik. Da sie aber längst nicht mehr die Mehrheitspartei im Lande ist, so muß sie sich auf die Katholikonservativen und die Bauern stützen, die den Freisinnigen für ihren Sukkurs die entsprechende Rechnung stellen. Wie wenig ernst die Freisinnigen sich mit den Problemen der Nachkriegszeit heute schon beschäftigen wollen, hat die Behandlung der Motion Wey im Nationalrat bewiesen. Der Gotthardbund hat zu Beginn des Jahres 1942 einer interparteilichen Konferenz die Anregung unterbreitet, es solle im Parlament auf dem Wege der Motion der Bundesrat eingeladen werden, durch Schaffung einer wirtschaftlichen Planungsstelle und einer eidgenössischen Wirtschaftskommission die Nachkriegsprobleme prüfen zu lassen. Der Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz, Stadtpräsident Dr. Wey-Luzern, hat in der Dezembersession 1942 nach langem Zögern die Motion begründet. Der Bundesrat hat durch den freisinnigen Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes die Motion abgelehnt und sie in Form eines Postulates unverbindlich entgegengenommen. Der Gotthardbund hat gegen diese Art und Weise der Erledigung seiner Anregung in aller Form Protest erhoben. Die Freisinnigen haben aber gar kein Interesse, sich mit den Problemen der Nachkriegszeit zu beschäftigen. Ihre Politik entspricht der bekannten Politik der glücklich Besitzenden: nichts anrühren, stillstehen, an Ort treten! Es gibt allerdings einen rechten Flügel der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz, der zusammen mit den Liberalen in Basel und denjenigen der Westschweiz auf die Wiederkehr der «guten alten Zeit» des liberalen Freibeutertums spekuliert. Sie sind in dieser Beziehung nahe Verwandte des Herrn Gottlieb Duttweiler. Ihre politische Haltung ist um so gefährlicher, weil sie offen mit den Methoden des Faschismus arbeiten. Denn es ist nicht zufällig, daß in der liberalen «Gazette de Lausanne» die Behauptung aufgestellt wird, der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz habe in der Novembernummer 1942 der «Roten Revue» «une véritable préparation morale à la guerre civile» vorgenommen, und daß parallel damit die «Basler Nachrichten» ihren Inlandredaktor Dr. Büchi, der wirtschaftlich durch seine Berufung in den Vorort des Handels- und Industrievereins die Treppe einige Stufen sozial und wirtschaftlich hinaufbefördert worden ist, wider besseres Wissen wiederholt behaupten ließen, «in der sozialistischen Presse werde immer mehr der Gedanke propagiert, auch der gewaltsame Umsturz müsse ins Auge gefaßt werden.»

Die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, sie haben den Beweis in den vergangenen 3^{1/2} Jahren des zweiten Weltkrieges dafür erbracht, daß sie der national zuverlässigste und disziplinierteste Volksteil unseres Landes sind. Die Arbeiterschaft hat bisher, auch nach offiziellen Zeugnissen, am meisten, aber auch am geduldigsten die Opfer des Krieges getragen. Dabei haben die sozialen Spannungen nicht zuletzt wegen der unbefriedigenden Politik der herrschenden Parteien zugenommen. Die Lasten sind für die Arbeiterschaft

wirtschaftlich und sozial fast nicht mehr tragbar. Wer es wagt, darauf aufmerksam zu machen, wird von seiten der bürgerlichen Presse, im besondern von der katholischkonservativen Presse, verhetzt, persönlich und politisch angegriffen. Es steckt System dahinter. Es wird versucht, mit dem Schlagwort der «Volksfront» und dem «Bolschewistenschreck» in bestimmten Gebieten der Schweiz eine Stimmung zu schaffen, die zum Sturm gegen die Arbeiterschaft werden soll. In der Innerschweiz treibt es unter Führung ihres Parteisekretärs Rosenberg die Katholisch-konservative Volkspartei am schlimmsten. Die Versammlung des Gewerkschaftskartells Zürich mit dem Vortrag des innerschwyzerischen Bauernführers Schuler wird von ihm im katholischkonservativen «Vaterland» zum Anlaß schwerer Angriffe auf die Arbeiterorganisationen und ihre Vertrauensleute genommen. Bildungsausschüsse der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei in den Kantonen der Innerschweiz werden als unschweizerische und bolschewistische Organisationen beschimpft. Wir warnen! Solche Politik muß gefährlich werden. Es gibt auswärtige Mächte, die nur darauf warten, daß die inneren Spannungen in der Schweiz zur Explosion gelangen. Die Gefahr des Bolschewismus wird dabei von dieser Seite propagandistisch gerne in den schwärzesten Farben an die Wand gemalt. Der Schlotter geht in den Reihen gewisser Kreise im Bürgertum um. Wir stellen heute in aller Form schon die Verantwortung derer fest, die nicht ertragen können und nicht dulden wollen, daß die Arbeiterschaft ihre gewerkschaftlichen und politischen Positionen im Lande systematisch ausbaut. Es ist das gute Recht jeder Minderheit in der Demokratie, um die Mehrheit des Volkes zu kämpfen und zu ringen. Die Arbeiterschaft der Schweiz nimmt für sich dieses Recht in Anspruch, wie es die Katholischkonservative Partei vor Jahrzehnten getan hat.*

* Es sticht angenehm davon ab, was unter dem Titel «Um die Nachkriegsordnung» der katholische Politiker Dr. Jakob David in Zürich in der katholischen Monatsschrift «Schweizerische Rundschau» — März 1943 — veröffentlicht hat. Wir zitieren den Schluß daraus:

«Wenn gemäßigte Gewerkschaftskreise die Nachkriegspläne der Alliierten derart beurteilen, ist dann nicht dringend zu befürchten, daß sich schlußendlich alle Erwartungen einzig Rußland zuwenden, jenem geheimnisvollen und ungeheuren Rußland, das heute durch seine sichtbare Kraftentfaltung alle Welt in Staunen setzt? Die neueste heftige Diskussion um den Beveridge-Plan und die bittere Enttäuschung weiter Gewerkschaftskreise, die sich selbst von dem außerordentlich weitgehenden Staatsfürsorgesystem des Planes nicht schrecken ließen, verstärkt die Frage noch um ein Erhebliches...

Jef Rens, der in London lebende Sekretär und Wirtschaftsexperte der belgischen Landeszentrale, erklärte neulich in einer Rede, unter Hinweis auf die negativen Resultate der St. James-Konferenz: ‚Was wird geschehen, wenn es am Ende dieses Krieges klar wird, daß die alliierten Nationen unfähig sind, alle diese Probleme zu lösen? Es werden Revolten ausbrechen. In ihrem Elend werden die arbeitenden Massen sich dem Lande zuwenden, wo alle diese Probleme gelöst scheinen: Sowjetrußland. Dieses Land, das erfolgreich den deutschen Armeen Widerstand leistet und an einem Sieg der Alliierten entscheidenden Anteil hat, wird sich größter Achtung erfreuen...‘

Und was bleibt uns zu tun? Mit aller Kraft für sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit einzusetzen und mit — schwacher — Stimme immer wieder darauf hinzuweisen, daß das auch anderswo ebenso zu geschehen hätte!»

VI.

Die schweizerische Arbeiterbewegung präsentiert mit ihrem Manifest zur «Neuen Schweiz» zugleich auch die Rechnung für ihre Opfer während des zweiten Weltkrieges der Nachkriegszeit. Es ist politisch untragbar, daß die Arbeiterschaft in diesem Krieg, wie im letzten schon, fast allein und am meisten Opfer auf sich zu nehmen hat, während andere Volksteile, die Bauern inbegriffen, ihre soziale und wirtschaftliche Lage verbessern können. Die Arbeiterschaft stellt ihre Forderungen für die Nachkriegszeit, sie meldet sie rechtzeitig an, genau so, wie es die Katholischkonservativen mit ihrem konservativen Gegenwartsprogramm «Politische Richtlinien der Schweizerischen Katholischkonservativen Volkspartei» und die Bauern «Für die Erhaltung und Förderung des Bauernstandes in der Nachkriegszeit» getan haben. Die Katholischkonservative Volkspartei fürchtet allerdings für ihre Schlüsselposition in der eidgenössischen Politik. Sie wittert, daß der bevorstehende Umbruch sie daraus entfernen könnte. Darum kämpft sie mit dieser Verbissenheit gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. In diesem Zusammenhang sei auch die politische Tätigkeit des Landesrings der Unabhängigen und seines Herrn Gottlieb Duttweiler gewürdigt. Der Landesring und der Millionär Gottlieb Duttweiler haben die Aufgabe zu erfüllen, die sozialistische Arbeiterbewegung in der Schweiz am politischen Aufstieg zu verhindern. Die Politik des Landesrings war und ist immer gerissene Tarnung bürgerlicher Politik. Die Initiative des Landesrings betreffend das Recht auf Arbeit hatte den ausgesprochenen Zweck, in die Reihen der Arbeiterschaft Verwirrung zu tragen. Die «Schweizer Monatshefte», November/Dezember 1942, stellen das in aller Offenheit fest. Wir zitieren:

«Und mit Fug erklärte Bundesrat Kobelt in seinem Vortrag über «Arbeitsbeschaffung» am 22. August 1942 unter deutlicher Hinwendung zur Initiative Duttweilers: ‚Der Bundesrat begründet mit seinem Beschluß vom 29. Juli 1942 über die Regelung der Arbeitsbeschaffung kein Recht auf Arbeit. Wollte der Staat jedem Arbeitsfähigen Vollbeschäftigung garantieren, dann müßte ihm auch die freie Verfügung über die Arbeitsmittel, die Arbeitsplätze und die Arbeitskräfte zuerkannt werden. Das wäre der Weg zur Zwangswirtschaft und zum totalitären Staat.‘ Daß Herr Duttweiler, der sonst doch stets anti-etatistische Töne von sich gab, wahrhaftig diesen Weg zum völligen Staatssozialismus beschreitet, setzt uns aufs höchste in Erstaunen; *dieses Erstaunen legt sich indessen wieder, wenn man wahrnimmt, daß es sich offenbar nur um eine Manipulation zur Aufspaltung der Sozialdemokratie handelt.*»

Die Stellungnahme des Landesrings und des Millionärs G. D. zur Initiative der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei betreffend «Reform der Wirtschaft und Rechte der Arbeit» ist ein weiterer Beweis dafür, daß er im Auftrage bestimmter Kreise des Bürgertums die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung der Schweiz zu bekämpfen hat. Der Landesring ist durch die Initiative der Arbeiterschaft gezwungen worden, Farbe zu bekennen. Auch er ruft nun

die Zeiten des Generalstreiks 1918 in Erinnerung, um die bürgerlichen Parteien zu klarer Stellungnahme zu veranlassen. Die Behauptungen der bürgerlichen Presse, so der «Neuen Zürcher Zeitung», es handle sich um eine «Konkurrenz von Initiativen», ist kein Gegenbeweis dafür: der Landesring und sein Herr, der Millionär Gottlieb Duttweiler, besorgen die Geschäfte des großkapitalistischen Bürgertums. Der Faschismus und Nationalsozialismus haben immer auch propagandistisch das Gegenteil von dem vertreten, was sie tatsächlich taten. Das Spiel mit verteilten Rollen und doppelten Masken versteht insbesondere Gottlieb Duttweiler ausgezeichnet zu spielen.

VII.

Aber alle Versuche des Landesrings und seines Herrn Gottlieb Duttweiler, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei vor allem mit Hilfe der Initiative betreffend das Recht auf Arbeit auseinanderzusprengen, sind gescheitert. Der Gegenstoß der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei hat die Lage geklärt. Die gemeinsame Initiative von Gewerkschaften und Partei ist die Grundlage der Einheit der Aktion der gesamtschweizerischen Arbeiterbewegung. Die Position der Arbeiterschaft hat damit in der Landespolitik wiederum eine große Stärkung erfahren. Die schweizerische Arbeiterbewegung wird und muß ihren Weg planmäßig gehen. Sie hat ihn selber sich vorgezeichnet. Dieser Weg ist ihr bestimmt. Sie darf und wird sich niemals und von niemandem davon abbringen lassen; weder die «Freunde» von links noch die «Freunde» von rechts werden das verhindern können. Der Weg der Arbeiterschaft ist der Weg des demokratischen Sozialismus. Die schweizerische Arbeiterbewegung erfüllt damit eine geschichtliche Mission. Sie trägt die Flamme des Sozialismus durch die schwere Nacht des Krieges hinüber zu neuen Ufern und zu neuem Land.

„Geld und Schulden“

Von E m i l J. W a l t e r

Menschliches Denken ist vergesellschaftetes, wirtschaftliches Denken, bestimmten Interessen verhaftetes Denken. Der bewußte und unbewußte Druck der sozialen Verhältnisse wie der sogenannten öffentlichen Meinung beeinflußt unmerklich auch die Denkweise wirklich selbständiger Menschen, so daß nur allzu oft schiefe Auffassungen und irrtümliche Meinungen unwidersprochen bleiben. Selbst ein so bedeutender Politiker und Theoretiker wie Otto Bauer, der verstorbene Führer der österreichischen Sozialdemokratie, konnte sich in seinem Werke über «Kapitalismus und Sozialismus» nicht von der Vorstellung befreien, daß das Schuldenmachen eine «normale» wirtschaftliche Funktion sei und daß deshalb der rationalisierte Betrieb, weil seine Schulden größer, die Zinsenlasten mächtiger sind als beim unrationalisierten Betrieb, in der Krise gegenüber dem technisch rückständigen Betrieb nicht mehr konkurrenzfähig bleibe.